

Niederschrift

über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck
am Donnerstag, 26.05.2005, im Bürgerschaftssaal des Rathauses

Wahlperiode 2003 - 2008
Nr. 20

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Anwesend: **Stadtpräsident Sünnewold** (CDU) - Vorsitzender
BM Stadthaus-Panissié (CDU) - Beisitzerin - (von Beginn bis 19:26 Uhr / TOP 4.1)
BM Wargenau (CDU) - Beisitzerin - (von 19:26 Uhr / TOP 4.3 bis Ende)
BM Knöckel (SPD) - Beisitzerin -

sowie weitere 43 Bürgerschaftsmitglieder:

Abler (SPD)	Lötsch (CDU)
Beidatsch (CDU)	von Maltzahn (CDU)
Bernet (SPD)	Menorca (CDU)
Dr. Blunk (FDP)	Möller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eymer (CDU)	Oldenburg (CDU)
Fey (SPD)	Panther-Pätow (SPD)
Fick (CDU)	Petersen (CDU)
Förster (SPD)	Pluschkell (SPD)
Fraederich (CDU)	Puschadel (CDU)
Freitag, Chr. (CDU)	Reinhardt (SPD)
Freitag, D. (CDU)	Schalies (FDP)
Gaulin (SPD)	Schatz (CDU)
Dr. Gulski (CDU)	Scheel (SPD)
Hilbrecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Schindler (SPD)
Hiller (SPD)	Schmidt (CDU)
Hinrichs (CDU)	Schopenhauer (SPD)
von Holt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Semrau (CDU)
Howe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Siebdrat (SPD)
Kaske (CDU)	Stabe (CDU)
Koch (CDU)	Stallbaum (SPD)
Küsel (CDU)	Zander (CDU)
Lietzke (CDU)	

Es fehlen: BM Albrecht (SPD), BM Böhning (SPD) und BM Schneider (CDU)

Ferner sind

anwesend: Bürgermeister Saxe, Senatorin Borns, Senator Boden, Senator Geißler und Senator Halbedel, VertreterInnen der Einzelpersonalräte, der Presse und der Verwaltung, die Gleichstellungsbeauftragte sowie Protokollführerin Scharrenberg und die Leiterin des Büros der Bürgerschaft Kasimir

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende teilt mit, dass bei der heutigen Bürgerschaftssitzung BM Albrecht, BM Böhning und BM Schneider nicht anwesend sein werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung gemeinsam mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugegangen ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass über die Sitzung eine Tonträgeraufnahme erfolgt. Diese Aufnahme dient zur Erstellung des Protokolls und wird den Fraktionen und dem Bürgermeister gemäß § 31 Abs. 5 Geschäftsordnung zur Verfügung gestellt.

Der Weitergabe der Tonträgeraufnahme an die Fraktionen und den Bürgermeister wird einstimmig zugestimmt.

Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Offene Kanal Lübeck die heutige Bürgerschaftssitzung wieder live im Radio übertragen wird.

Der Live-Übertragung des Offenen Kanals wird einstimmig zugestimmt.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, ihm dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen ist, entscheidet im Zweifel die Bürgerschaft.

Der Vorsitzende weist auf die umverteilten Anmerkungen zur Tagesordnung hin, die auch in der Sitzung des Ältestenrates beraten worden sind, und gibt folgende Veränderungen zur Tagesordnung bekannt:

1. Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit

1.1 Dringlichkeitsanträge der Fraktionen

Zur Sitzung des Ältestenrates wurde ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion angekündigt, der zwischenzeitlich vorliegt:

TOP 4.12, Drs. Nr. 460

SPD – Verbesserung der Verkehrssituation im Verlauf der Brandenbaumer Landstraße

Der Dringlichkeit und der Erweiterung der Tagesordnung um den TO-Punkt 4.12 wird einstimmig zugestimmt.

1.2 Dringlichkeitsvorlagen des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

TOP 15.1, Drs. Nr. 452

Ausschreibung einer Fläche in Lübeck-Travemünde

Der Ältestenrat empfiehlt mehrheitlich die Erweiterung der Tagesordnung um den TO-Punkt 15.1 und die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil.

Der Dringlichkeit und der Erweiterung der Tagesordnung um den TO-Punkt 15.1 sowie der Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil wird bei 43 Ja- und 4 Nein-Stimmen mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit zugestimmt.

2. Veränderung der Tagesordnung (z.B. Vertagen/Zurückziehen/Vorziehen von TO-Punkten)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass BM Hilbrecht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soeben einen Antrag auf Vertagung des TO-Punktes 8.19 gestellt hat.

Es spricht BM Möller für die Vertagung.

Die Vertagung des TO-Punktes 8.19 wird bei 4 Ja- und 43 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

3. Gemeinsame Beratung von TO-Punkten

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die gemeinsame Beratung folgender TO-Punkte vorgeschlagen wird:

4.7 und 6.1
4.19 und 4.2
8.8 und 8.12

und auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

4.1 und 8.2.

Der Ältestenrat empfiehlt einstimmig die gemeinsame Beratung wie vorgeschlagen.

Der vorgeschlagenen gemeinsamen Beratung wird einstimmig zugestimmt.

4. Zuordnung der TO-Punkte zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Sitzung gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft in einen öffentlichen, einen nichtöffentlichen und danach nochmals in einen öffentlichen Teil gliedert und die Tagesordnungspunkte 14 bis 18 aus Gründen des öffentlichen Wohls und zum Schutz berechtigter Interessen Einzelner im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden.

Der Ältestenrat empfiehlt einstimmig, die vorgenommene Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der erfolgten Zuordnung der TO-Punkte 14 - 18 zum nichtöffentlichen Teil wird einstimmig zugestimmt.

5. Beratungsergebnisse der Ausschüsse

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilte Übersicht, aus der sich die Beratungsergebnisse der Ausschüsse wie folgt ergeben:

TOP	Beraten im	Ergebnis
8.12	Hauptausschuss am 24.05.05	Kenntnisnahme
8.19	Schul- und Sportausschuss am 19.05.05 Hauptausschuss am 24.05.05	Vertagt, mit der Maßgabe, dass noch weitere Informationen nachgereicht werden. Kenntnisnahme in ergänzter Fassung (s. Ergänzungsblatt)
10.1	Hauptausschuss am 24.05.05	Einstimmige Empfehlung
12.2	Hauptausschuss am 24.05.05	Einstimmige Empfehlung
12.3	Hauptausschuss am 24.05.05	Einstimmige Empfehlung
13.1	Jugendhilfeausschuss am 12.05.05 Hauptausschuss am 24.05.05	Einstimmige Empfehlung Einstimmige Empfehlung
16.1	Hauptausschuss am 24.05.05	Kenntnisnahme

Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.

6. Anfragen der Bürgerschaftsmitglieder gem. § 16 GeschO

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilte Übersicht, die folgenden Inhalt hat:

Zur heutigen Bürgerschaftssitzung sind folgende Anfragen eingereicht worden:

BM von Holt, Drs. Nr. 450

Lagerung von Geräten der Strandpflege in Travemünde

BM Howe, Drs. Nr. 451

Abwasser-Einleitungen des Flughafens Lübeck

Die vorgenannten Anfragen sind fristgerecht gem. § 16 Abs. 1 GeschO drei Tage vor der Sitzung eingegangen.

Gemäß § 16 Abs. 2 GeschO können die Anfragen in der heutigen Sitzung sofort mündlich oder schriftlich beantwortet werden.

Sie müssen gemäß § 16 Abs. 2 GeschO in der Sitzung der Bürgerschaft am 23.06.2005 schriftlich beantwortet werden.

Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.

7. Ablauf der Sitzung

Der Vorsitzende gibt folgenden Sitzungsablauf bekannt:

- Abendpause von 18:30 Uhr bis 19:00 Uhr
- Die Behandlung der Verwaltungsvorlagen erfolgt spätestens ab 20:00 Uhr
- Der nichtöffentliche Teil wird spätestens ab 22:15 Uhr behandelt
- Ende der Sitzung spätestens um 22:30 Uhr

Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.

8. Sonstiges (z.B. Anhörung/Rederecht/Unterschriftenübergabe)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass an der Sitzung der Bürgerschaft Herr Axel Benrath im Rahmen seines Praktikums bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilnimmt.

Ferner teilt er mit, dass weitere Änderungen zur Tagesordnung nicht vorliegen und die aktuelle Tagesordnung bei den Bürgerschaftsmitgliedern umverteilt wurde.

Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.

Die Tagesordnung umfasst nunmehr folgende Punkte:

	Seite
I. Öffentlicher Teil der Sitzung	
1. Einwohnerfragestunde	14
2. Niederschrift über die Sitzung am 28.04.2005, Nr. 19	14
3. Mitteilungen des Stadtpräsidenten	15
4. Anträge der Fraktionen	
4.7 BÜ 90/DIE GRÜNEN / CDU / FDP – Aufhebung eines Beschlusses der Bürgerschaft, <u>hier</u> : Wegeeinziehung einer öffentlichen Fläche in Travemünde	16 + 17
4.15 CDU – Entwicklung des zentralen Kurgebietes in Travemünde	18
4.16 CDU – Resolution – Erhalt des Bischofssitzes in der Hansestadt Lübeck	19
4.19 BÜ90/DIE GRÜNEN – Umsetzung Hartz IV (Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe)	20 - 22
4.21 BÜ90/DIE GRÜNEN – Luftqualität in Lübeck	23
4.22 SPD / CDU - Finanzierungskonzept für den Bau öffentlicher Toiletten in Lübeck-Travemünde	24
4.1 CDU – Einrichtung von Gemeinschaftsschulen	25 + 26
4.2 CDU – Weiterentwicklung der vereinbarten Zusammenarbeit in der ARGE	21, 22 + 27
4.3 CDU – Verlängerung der Öffnungszeiten für Gastronomiebetriebe	28 + 29
4.4 BÜ90/DIE GRÜNEN – Öffentliche Sitzungen städtischer Aufsichtsräte	30
4.5 SPD – Erhalt der „Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit“	31
4.6 SPD – Verwaltungsvorlagen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	32
4.8 BÜ90/DIE GRÜNEN / SPD – Keine Sparmaßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit	33 + 34
4.9 FDP – Kostentragung für die Teilnahme am Hansetag	<i>nicht behandelt</i>
4.10 FDP – Ehrung Eric Warburgs	<i>nicht behandelt</i>
4.11 FDP – Umstrukturierung der Museumslandschaft	<i>nicht behandelt</i>
4.12 SPD – Verbesserung der Verkehrssituation im Verlauf der Brandenbaumer Landstraße	<i>nicht behandelt</i>
5. Anträge des Hauptausschusses	
6. Anträge und Berichte der Fachausschüsse und Beiräte	
6.1 Abschlussbericht des Sonderausschusses Geh- und Radweg Travemünde	16 + 17
7. Anfragen von Bürgerschaftsmitgliedern	
7.1 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 Abs. 1 Geschäftsordnung für die Bürgerschaft BM Chr. Freitag – Unterstützung der Kreisjägerschaft für das Gut Nienhüsen und Antwort	<i>nicht behandelt</i>

	Seite
7.2 BM Hilbrecht – Gerichtliche Auseinandersetzung um den Flughafen Lübeck und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
7.3 BM Schalties – Werke zeitgenössischer Künstler im Dienstgebäude Fackenburger Allee und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
7.4 BM Schalties – Verbindungsweg zwischen Kaiserallee 16/18 und Strandpromenade in Travemünde und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
7.5 BM Stallbaum – Projekt Aqua Top in Lübeck-Travemünde und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
7.6 BM Stallbaum – Stromversorgung in den Lübecker Kleingärten und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
7.7 BM Howe – Verwendung von Enteisungsmitteln am Flughafen Lübeck und Antwort	<i>nicht behandelt</i>
8. Berichte des Bürgermeisters	
8.1 Vergabep Praxis über die Standflächen auf dem Lübecker Weihnachtsmarkt und bei anderen Märkten	48 + 49
8.2 Schulstatistik 2004/2005	25, 26 + 49
8.3 Reiten auf Waldwegen	50 + 51
8.4 Ansiedlung des Kunden Transfennica im Lübecker Hafen	52
8.5 Trauungen an besonderen Kalendertagen und an besonderen Orten der Hansestadt Lübeck	53
8.6 Tätigkeitsbericht des Frauenbüros 2004	54
8.7 Übertragung der Verwaltung städtischer Sportanlagen auf Sportvereine	55
8.8 Stand Konsolidierungsmaßnahme „Reduzierung der Personalkosten/ minus 3 %“ (Haushaltsbegleitbeschluss 2004)	56 + 57
8.9 Strecke für Inline-Skater	58
8.10 Öffnung/Freigabe der Bergenstrasse für Gegenrichtungsradverkehr	59
8.11 Jahresbericht 2003/2004 des Fahrradbeauftragten	60
8.13 Präventionsmaßnahmen für Jugendliche unter 16 Jahren gegen das Benutzen von Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit	61
8.14 Erhalt und Attraktivitätssteigerung des Museumshafens	62
8.15 Schulwegsicherung	63
8.16 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Natur und Umwelt in der Hansestadt Lübeck	64
8.17 Erreichbarkeit der Herreninsel	65
8.18 Zuschuss an „IN VIA“	66
8.12 Bericht an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zu weiteren Einsparvorschlägen zur Verbesserung der Haushaltssituation	56, 57 + 66
8.19 Prüfauftrag zur möglichen Überführung der Lübecker Flussbäder in eine nichtselbständige Stiftung	67
9. Eilentscheidungen des Bürgermeisters	34
10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen	
10.1 Bestellung eines Rechnungsprüfers	35
10.2 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat der ISNM – International School of New Media GmbH -	36
10.3 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat der KWL – Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck GmbH -	37

	Seite	
10.4	Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der LHG – Lübecker Hafengesellschaft mbH -	38
10.5	Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der LMuK – Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH -	39
11.	Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Hh.-Mitteln	
11.1	Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2004 - 2. Halbjahr	40
12.	Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne	
12.1	Satzung der Hansestadt Lübeck zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Verfahren "OstseeCard" und 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kurabgaben und Strandbenutzungsgebühren im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde	41
12.2	67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Lübeck für den Teilbereich "Schlutup/Mecklenburger Straße 194-202" im Stadtteil Schlutup - Abschließender Beschluss -	42
12.3	Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 32.07.00 - Teilbereich West - Fischereihafen / Baggersand -	43
13.	Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten	
13.2	Änderung der Geschäftsordnung für die Lübecker Bürgerschaft einschließlich der Richtlinien über die Einwohnerfragestunde	44
13.17	Endbericht zur Bedarfsprüfung Gewerbe Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen „Kronsforder Landstraße“ und „Blankenseer Straße“ sowie Entwicklung des „Airport Business Park“; Städtebaulicher Rahmenplan „Blankenseer Straße Nord“	45 + 46
13.1	Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.	47
II.	Nichtöffentlicher Teil der Sitzung	
14.	Anträge der Fraktionen	72
15.	Grundstücksangelegenheiten	
15.1	Ausschreibung einer Fläche in Lübeck-Travemünde	73
16.	Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters	
16.1	Umsetzung „Alternative Tagungsstätte e. V.“	74
17.	Anfragen von Bürgerschaftsmitgliedern	74
18.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters	74
III.	Öffentlicher Teil der Sitzung	
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse	

Anlage

Lübeck, 12.05.2005

Aufgrund eines Beschlusses des Ältestenrates vom 19.10.2000 werden TO-Punkte nicht auf die Tagesordnung genommen, wenn ein Bericht oder eine Vorlage nicht bis zur Sitzung vorgelegt werden kann und der entsprechende TO-Punkt somit vertagt werden müsste.

Nachfolgend sind die TO-Punkte aufgeführt, deren Behandlung aufgrund einer Fristsetzung der Bürgerschaft in der Sitzung am 26.05.2005 hätte erfolgen müssen.

Des Weiteren sind auch die TO-Punkte aufgeführt, bei denen gegenüber der Bürgerschaft über die Gründe der Nichterledigung hätte berichtet werden müssen. Denn gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 25.01.2001, TOP 4.2, Drs. Nr. 833, ist bei nicht erledigten Berichtsaufträgen

a) bei gesetzten Fristen bis spätestens zu der Frist der nachfolgenden Sitzung

b) bei nicht befristeten Berichtsaufträgen spätestens nach 18 Monaten

zu berichten, was der Erledigung im Wege steht und wann mit einer Vorlage des Berichtes gerechnet wird.

Nr.	TOP	Bürgerschafts-sitzung	Gegenstand	Grund für die Terminverschiebung	wird voraussichtlich vorliegen zur Bürgerschafts-sitzung im:
1.	9.4	Dezember 1985	Flächennutzungsplan und B-Plan 26.38.00	Das Verfahren hat sich aufgrund besonderer Umstände beim Investor verzögert.	November 2005
2.	10.3	Mai 1994	Städtebauliche Neuordnung des Altstadttrandes von Travemünde	Der Auftrag wird weiterhin verfolgt, gemeinsam mit dem Bürgerschaftsauftrag vom 30.01.2003 (TOP 4.19) zur Entwicklung des zentralen Kurgbietes Travemünde.	Juni 2005
3.	6.6	Februar 1999	Radfahren am Lindenplatz	Der Bericht befindet sich noch in der Bearbeitung.	Juni 2005
4.	4.12	Mai 2000	Inline-Skater in Kücknitz	Es besteht weiterhin Klärungsbedarf bezüglich der Überplanung.	Juni 2005
5.	4.30	Juni 2000	Verbot von Kampfhunden	Der Bericht befindet sich noch in der Abstimmung.	Juni 2005
6.	4.53	November 2000	Straßenführung im Bereich Lohmühle	Vorlage lag dem Bauausschuss in seiner Sitzung am 02.05.2005 unter TOP 2.3 vor. Das öffentliche Verfahren wird nun eröffnet.	August 2005
7.	4.24	Februar 2001	Mindeststandards in Lübecker Kindertagesstätten	Aufgrund des erneuten Abstimmungsbedarfes konnte noch kein Bericht vorgelegt werden.	September 2005

Nr.	TOP	Bürgerschafts-sitzung	Gegenstand	Grund für die Terminverschiebung	wird voraussichtlich vorliegen zur Bürgerschafts-sitzung im:
8.	4.7	März 2002	Verbesserung des Service für FahrradfahrerInnen in Citynähe	Der Bericht befindet sich noch in der Bearbeitung, wird aber im Juni ins Verfahren gehen.	Juni 2005
9.	4.22	April 2003	Verkehrsführung in der Bäckerstraße und Antonistraße im Stadtteil St. Jürgen	Der Bericht ist noch nicht abschließend im Bauausschuss behandelt worden.	November 2005
10..	4.1	September 2003	Kleingartenentwicklungsplan für die Hansestadt Lübeck	Die Bestandsaufnahme ist abgeschlossen, es erfolgt jetzt das Abstimmungsverfahren zum weiteren Vorgehen mit den beteiligten Bereichen.	November 2005
11.	4.13	September 2003	Roddenkoppel	Der Bürgerschaftsauftrag wird im Rahmen der Entwicklungsachse St. Lorenz weiterhin verfolgt.	Juni 2005
12.	4.16	September 2003	Konzept für Volksfeste, Frühjahrs- und Herbstmärkte	Nach den Ergebnissen des Volksfest 2005 wird der Bereich 2.710 einen Bericht erstellen.	August 2005
13.	4.25	September 2003	Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Migrantinnen und Migranten	Der Bericht befindet sich derzeit im Abstimmungsverfahren.	August 2005
14.	8.3	September 2003	Armut-Sozialbericht	Der Bericht ist fertiggestellt und wird den sozialen Verbänden zur Stellungnahme übersandt. Anschließend wird der Bericht der Bürgerschaft zur Kenntnisnahme vorgelegt.	September 2005
15.	4.3	November 2003	Beseitigung von Gefahrenpunkten für den Fahrradverkehr	Der Bericht befindet sich noch in der Bearbeitung, wird aber im Juni ins Verfahren gehen.	August 2005
16.	4.4	November 2003	Erstellung eines Sportstättenberichtes	Die notwendigen Angaben des Bereiches 5.651 - Hochbau liegen noch nicht vollständig vor.	August 2005

Nr.	TOP	Bürgerschafts- sitzung	Gegenstand	Grund für die Terminverschiebung	wird voraussichtlich vorliegen zur Bürgerschafts- sitzung im:
17.	4.22	November 2003	Fernwärmelieferungen der Energie und Wasser Lübeck GmbH	Die Energie und Wasser Lübeck GmbH hat einen Heizkostenspiegel herausgebracht. Bei den jetzigen Abrechnungen gab es keine Beschwerden, so dass der Fachbereich 2 den Auftrag als erledigt ansieht.	
20.	12.1	Februar 2004	Haushaltssatzung 2004; Haushaltsbegleitbeschluss (Ziff. 6) betr. Überprüfung von Beratungsangeboten im Jugend- und Sozialbereich	Der Fachbereich 4 hat die Erhebung der notwendigen Daten abgeschlossen. Die Federführung liegt nun beim Fachbereich 2, der die Datenerhebung noch nicht vollständig abschließen konnte.	Juni 2005
21.	4.20	April 2004	Abfallsortieranlagen	Der Bericht befindet sich noch in der Überarbeitung.	Juni 2005
22.	8.5	April 2004	Bericht betr. Prüfung von Möglich- keiten der Aktivierung städtischen Vermögens zum Schuldenabbau	Es besteht weiterhin Klärungsbedarf. Aufgrund dessen kann noch kein Bericht vorgelegt werden.	November 2005
23.	4.11	Juni 2004	Mechanisch-biologische Abfallanlage in Schönberg	Der Bereich Umweltschutz hat dem Umweltausschuss regelmäßig über den Sachstand des Genehmigungsverfahrens der MBA Ihlenberg und über die Aktivitäten der Hansestadt Lübeck berichtet. Nachdem der Widerspruch und der Antrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung der Hansestadt Lübeck gegen den Genehmigungsbescheid vom 30.09.2004 durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur in Schwerin abgelehnt wurde, wird der Bürgerschaftsauftrag als erledigt betrachtet. Eine weitere Berichterstattung zum Bau der MBA Ihlenberg wird im Umweltausschuss fortgesetzt.	

Nr.	TOP	Bürgerschafts- sitzung	Gegenstand	Grund für die Terminverschiebung	wird voraussichtlich vorliegen zur Bürgerschafts- sitzung im:
24.	8.6	Juni 2004	Brandenbaumer Landstraße	Es liegen noch keine Ergebnisse vor.	November 2005
25.	4.2	November 2004	Öffnung der Straße Marlesgrube	Der Bericht befindet sich derzeit in der Abstimmung.	Juni 2005
27.	4.3	Januar 2005	Entsorgung von Tannenbäumen	Der Bericht befindet sich noch in der Bearbeitung.	Juni 2005
28.	4.14	Januar 2005	Einrichtung eines Tierfriedhofes	Der Bericht befindet sich noch in der Bearbeitung.	Juni 2005
29.	4.5	April 2005	Lokale Bündnisse für Familien	Aufgrund der zahlreichen Beteiligung und der Weitläufigkeit des Auftrages konnte kurzfristig noch kein Bericht erstellt werden. Es ist geplant zunächst einen Zwischenbericht zu erstellen.	Juni 2005
30.	8.12	April 2005	Informations- und Hinweistafeln im Bereich der Altstadt	Es müssen zunächst Abstimmungsgespräche mit der Lübeck und Travemünde-Tourist Service GmbH (HLTS) und der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) bezüglich der Finanzierung stattfinden.	August 2005
31.			Anfrage BM Dr. Blunk - Hartz IV	Die Antwort ist noch nicht abschließend abgestimmt.	Juni 2005
32.			Anfrage BM Schalies - Sperrung eines ufernahen Wanderweges entlang der Pötenitzer Wiek/Priwall	Die Antwort ist noch nicht abschließend abgestimmt.	Juni 2005

I. Öffentlicher Teil der Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass Herr Hans-Wilhelm Steffen zur heutigen Sitzung eine Einwohnerfrage zum Thema „Ausbau des ca. 400 m langen Teilstücks der Straße Alte Mühle“ eingereicht hat.

Der Vorsitzende bittet Herrn Steffen zum Rednerpult, um seine Frage zu verlesen.

Herr Steffen stellt seine Frage.

Herr Senator Boden beantwortet die Frage.

Der Vorsitzende fragt Herrn Steffen, ob er noch eine Zusatzfrage hat.

Herr Steffen stellt eine Zusatzfrage.

Herr Senator Boden beantwortet die Zusatzfrage

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Steffen für das gezeigte Interesse und bittet ihn, den Bürgerschaftssaal wieder zu verlassen.

Ferner gibt er bekannt, dass weitere Einwohnerfragen nicht vorliegen.

2. Niederschrift über die Sitzung am 28.04.2005, Nr. 19

Der Vorsitzende teilt mit, dass gegen die Niederschrift Nr. 19 / 2003 - 2008 der Bürgerschaftssitzung vom 28.04.2005 keine Einwände erhoben worden sind.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

3. Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Der Vorsitzende informiert die Bürgerschaftsmitglieder, dass Folgendes umverteilt wurde:

- Jahresprogramm des Buddenbrookhauses

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die gemeinsame Beratung der TO-Punkte 4.7 und 6.1 beschlossen worden.

4. Anträge der Fraktionen

4.7 BÜ 90/DIE GRÜNEN / CDU / FDP – Aufhebung eines Beschlusses der Bürgerschaft, hier: Wegeeinziehung einer öffentlichen Fläche in Travemünde

Drucksache Nr. 290 – Austauschblatt

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die CDU - und die FDP – Fraktion beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Beschluss der Bürgerschaft aus ihrer Sitzung vom 27. Januar 2005, Tagesordnungspunkt 13.3, Drucksache 218, Wegeeinziehung einer öffentlichen Fläche (Geh- und Radweg zwischen Kaiserallee HsNr. 16/18 und Strandpromenade) wird aufgehoben.

6. Anträge und Berichte der Fachausschüsse und Beiräte

6.1 Abschlussbericht des Sonderausschusses Geh- und Radweg Travemünde

Drucksache Nr. 442 - Ergänzungsblätter

Zur Drs. Nr. 442 legt die SPD-Fraktion eine Stellungnahme in der Drs. Nr. 448 der Bürgerschaft zur Kenntnisnahme vor.

Die Stellungnahmen der CDU- und FDP-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bereits dem Sonderausschuss vorgelegen und liegen dem Bericht als Ergänzungsblätter bei.

Es sprechen BM Koch, BM Howe, BM Hiller und BM Hilbrecht.

Weiterhin sprechen BM Koch, BM Schindler, BM Schalies, BM Reinhardt und BM Löttsch.

Ferner sprechen BM Hilbrecht, BM Stabe, BM Reinhardt und Senator Boden.

Es spricht BM Dr. Gulski und stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste.

Weiterhin spricht BM Hiller.

BM Puschadel spricht gegen den Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Vorsitzende teilt aufgrund des gestellten Geschäftsordnungsantrages fest, wer noch auf der Rednerliste steht.

BM Reinhardt spricht vom Platz aus ebenfalls zur Geschäftsordnung und meldet Zweifel an der Richtigkeit des Antragsverfahrens an, weil BM Dr. Gulski zunächst zur Sache gesprochen hat und im Anschluss einen Geschäftsordnungsantrag gestellt hat.

Der Vorsitzende bittet den Bereich Recht um eine rechtliche Stellungnahme.

Herr Volkmar, Leiter des Bereiches Recht, gibt eine rechtliche Stellungnahme ab.

Der Vorsitzende fragt die Bürgerschaft, wer den Antrag auf Schluss der Rednerliste unterstützt.

Bei 1 Ja-Stimme ist die erforderliche Mindestzahl gem. § 22 Abs. 4 der GeschO von 5 Stimmen nicht erreicht. Damit ist der Antrag auf Schluss der Rednerliste nicht zugelassen.

Es sprechen BM Howe, BM Dr. Blunk, BM Petersen und BM Möller.

**Beschluss über TOP 4.7, Drs. Nr. 290
in ausgetauschter Fassung:
Einstimmige Annahme**

Der Bericht zu TOP 6.1, Drs. Nr. 442 wird in ergänzter Fassung zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme zu TOP 6.1, Drs. Nr. 448 der SPD-Fraktion wird zur Kenntnis genommen.

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

4. Anträge der Fraktionen

4.15 CDU – Entwicklung des zentralen Kurgebietes in Travemünde

Drucksache Nr. 379

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis zur Juni-Sitzung 2005 eine Beschlussvorlage über die weitere Entwicklung des Aqua-Top-Bereiches vorzulegen.

Grundlage ist der Beschluss der Bürgerschaft vom 30.01.2003.

Es sprechen BM Petersen und BM Schindler.

BM Petersen gibt auf Anregung von BM Schindler vom Platz aus zur Drs. Nr. 379 folgende Änderung zu Protokoll:

Der Bericht soll der Bürgerschaft bis zur Sitzung im August 2005 vorgelegt werden.

Beschluss über TOP 4.15, Drs. Nr. 379
in geänderter Fassung:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

4. Anträge der Fraktionen

4.16 CDU – Resolution – Erhalt des Bischofssitzes in der Hansestadt Lübeck

Drucksache Nr. 380

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Resolution

In kaum einer anderen Stadt ist seit Jahrhunderten so deutlich, dass der Glaube zur Identifikation und zum Aufbauwillen ihrer Gründer gehört hat, wie in der Hansestadt Lübeck. Die sieben Türme der Stadt signalisieren auch heute jedem Besucher, dass die Lübeckerinnen und Lübecker sich als selbstbewusste, hoffnungsfrohe und weltoffene Menschen verstehen.

Die Zerstörung Lübecks an Palmarum 1942 findet ihre Deutlichkeit in den Bildern der brennenden Kirchen St. Marien, St. Petri und dem Dom. Ihr Wiederaufbau war es, der die Lübeckerinnen und Lübecker besonders antrieb, denn sie waren auch ein Symbol für ihre Stadt.

Die fast 850-jährige Tradition des Bischofssitzes als Grundstein auch für die Rolle Lübecks als Großstadt, die bedeutende und große Tradition der Kirchenmusik, das Heiligen-Geist-Hospital als Symbol für kirchliches Sozialwesen, das Wirken der Reformatoren und die Erfahrungen aus der „Ökumene im Widerstand“ lassen auch heute noch die Geschichte Lübecks anhand der Kirchengeschichte Norddeutschlands erlebbar werden. Dies gilt ebenso, wie Lübeck als Stadt der Stiftungen und des Ehrenamtes auch der Kirche einen Blick in die Zukunft aufweisen kann.

In dem so vieles vereinenden Lübecker Zentrum, der Altstadtinsel, findet heute mit den evangelisch-lutherischen Hauptkirchen, der katholischen Herz-Jesu-Kirche, der Reformierten Gemeinde, der Gottesdienste anderer christlicher Konfessionen, der aufblühenden Jüdischen Gemeinde und den Moscheen ein vielfältiges religiöses Leben statt, das zum derzeit so wichtigen Austausch zwischen den Religionen einlädt.

In dieser Situation bedauert die Lübecker Bürgerschaft außerordentlich den Beschluss der Synode der Nordelbischen Kirche, den Bischofssitz in Lübeck aufzugeben und appelliert an die Entscheidungsträger, ihr Votum zu überdenken, Lübecks Rolle als Stadt der Kirchen zu stärken durch den Erhalt des Lübecker Bischofssitzes.

Es sprechen BM Fraederich und BM Möller.

**Beschluss über TOP 4.16, Drs. Nr. 380:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen**

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die gemeinsame Beratung der TO-Punkte 4.19 und 4.2 beschlossen worden.

4. Anträge der Fraktionen

4.19 BÜ90/DIE GRÜNEN – Umsetzung Hartz IV (Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe)

Drucksache Nr. 396

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, in der Mai-Sitzung der Bürgerschaft einen Bericht über die Umsetzung von Hartz IV (Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe), über die Leistungsgewährungen, über die Eingliederung der Arbeitssuchenden in das Arbeitsleben, die Betreuung der Arbeitssuchenden bis zum Alter von 25 Jahren und über die Maßnahmen zur Wahrung des Datenschutzes und des Sozialgeheimnisses durch die Arbeitsgemeinschaft vorzulegen.

- I. *Es soll auch geschlechtsspezifisch berichtet werden, über die jeweilige Anzahl*
 - a) *der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen, der Kinder, der arbeitssuchenden Jugendlichen, und der alleinerziehenden Mütter und Väter, die Leistungen nach dem SGB II erhalten (Stand 1. Januar und 1. April 2005)*
 - b) *der AntragstellerInnen und der abgelehnten Anträge (Stand bis zum 1. Januar und bis zum 1. April 2005)*
 - c) *der Vermittlung von Arbeitssuchenden in reguläre Arbeitsverhältnisse durch die Arbeitsgemeinschaft. (Zeitraum 1. Januar- 31. März 2005)*
 - e) *der EmpfängerInnen laufender Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem BSHG bzw. SGB II (Stand 31. Dezember 2004, 1. Januar und 1. April 2005)*
- II. *Der Bericht soll auch Angaben enthalten über*
 1. *die monatlichen Ausgaben der Hansestadt nach dem BSHG bzw. SGBXII (Sozialhilfe ohne Hilfe zur Arbeit)*
 - b) *für laufende Leistungen zum Lebensunterhalt (Stand jeweils 31. Dezember 2004, 31. Januar und 31. März 2005)*
 - c) *für Unterkunfts- u. Heizkosten (Stand jeweils 31. Dezember 2004, 31. Januar und 31. März 2005)*
 - d) *für Beihilfegewährungen (Stand jeweils 31. Dezember 2004, 31. Januar und 31. März 2005)*
 - e) *für die Krankenhilfe und für die Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge für EmpfängerInnen laufender Leistungen zum Lebensunterhalt (Stand jeweils 31. Dezember 2004, 31. Januar und 31. März 2005)*
 2. *die Ausgaben für die Hilfe zur Arbeit in den Jahren 2004 und 2003*
 3. *die monatlichen Ausgaben der Hansestadt nach dem SGB II („Grundsicherung“ für Arbeitssuchende)*
 - a) *für Unterkunfts- und Heizkosten (Stand jeweils 31. Januar und 30. März 2005)*
 - b) *für Beihilfen (Stand jeweils 31. Januar und 30. März 2005)*
 4. *die Einrichtung der jeweiligen Jobcenter zu kundenfreundlichen Arbeitsagenturen*

5. die Aus-, Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen der Arbeitsgemeinschaft
6. die Beratung der Hilfesuchenden durch MitarbeiterInnen der Arbeitsgemeinschaft
7. die Erreichbarkeit der zuständigen MitarbeiterInnen in der Arbeitsgemeinschaft

4. Anträge der Fraktionen

4.2 CDU – Weiterentwicklung der vereinbarten Zusammenarbeit in der ARGE

Drucksache Nr. 433

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich als Vorsitzender der Trägerversammlung der ARGE Lübeck in deren nächster Sitzung dafür einzusetzen, dass ihr seitens der Geschäftsführung der ARGE Lübeck in der Folgesitzung berichtet wird:

Wie im Rahmen von „Freihändigen Vergaben“ zusätzliche finanzielle Mittel in städtische Bereiche fließen können, in denen Jugendliche ausgebildet, in Jugendzentren und Einrichtungen der Jugendberufshilfe auf den ersten Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt vorbereitet werden oder in denen Jugendliche zukünftig im Sinne des SGB II gefördert werden sollen, um Jugendarbeitslosigkeit in der Hansestadt Lübeck langfristig und nachhaltig zu vermeiden.

Die förderungsmöglichen Maßnahmen sollen beschrieben und deren finanzieller und zeitlicher Umfang ausgewiesen werden.

Wird keine Möglichkeit gesehen, zusätzliche Mittel zu erhalten, ist eine ausreichende Begründung erforderlich, die insbesondere beinhaltet, wie die gesetzlich und politisch vorgegebenen Integrationsziele für die Gruppe der „unter 25-Jährigen“ erreicht werden sollen.

Der Bürgerschaft ist in der Juni-Sitzung 2005 zu berichten.

BM Chr. Freitag beantragt für die CDU-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 396, TOP 4.19, in den Sozialausschuss.

BM Hilbrecht beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Überweisung der Drs. Nr. 433, TOP 4.2 ebenfalls in den Sozialausschuss.

Weiterhin spricht BM Kaske.

BM Bernet beantragt für die SPD-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 396, TOP 4.19, und der Drs. Nr. 433, TOP 4.2 zudem in den Jugendhilfeausschuss.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklären die Antragsteller und die Antragstellerin der Überweisungsanträge, dass die Anträge nach Beratung in dem jeweiligen Ausschuss zur endgültigen Entscheidung erneut der Bürgerschaft entgegengebracht werden sollen.

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 4.19, Drs. Nr. 396 in den Ausschuss für Soziales und den Jugendhilfeausschuss mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft:
Einstimmige Annahme

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 4.2, Drs. Nr. 433 in den Ausschuss für Soziales und den Jugendhilfeausschuss mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft:
Mehrheitliche Ablehnung bei 19 Ja- und 28 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 4.2, Drs. Nr. 433:
Einstimmig Annahme bei 19 Stimmenthaltungen

4. Anträge der Fraktionen

4.21 BÜ90/DIE GRÜNEN – Luftqualität in Lübeck

Drucksache Nr. 398

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister möge zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft in einem Bericht darlegen, mit welchem Maßnahmenbündel die Stadt Lübeck auf kommunaler Ebene einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie sowie zur Vorbeugung gegen künftige Emissionssteigerungen leisten wird.

Der Bericht möge insbesondere darstellen:

- *die aktuelle Feinstaub-Problematik auf lokaler/kommunaler Ebene,*
- *die Situation der Wohngebiete in der Nähe der Hauptverkehrsadern und der Hafengebiete Travemündes,*
- *welche der Ermächtigungsgrundlagen des § 40 des Bundesimmissionsschutzgesetzes die Hansestadt Lübeck für die Anordnung von Beschränkungen - bei Eintritt der Voraussetzungen oder vorbeugend - in Anspruch nehmen wird.*

Es spricht BM Howe.

BM Fey beantragt für die SPD-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 398, TOP 4.21 in den Umweltausschuss mit der Maßgabe, dass der Antrag anschließend erneut der Bürgerschaft zur Beratung entgegengebracht wird.

**Beschluss über den Überweisungsantrag zu
TOP 4.21, Drs. Nr. 398 mit der Maßgabe der
erneuten Beratung in der Bürgerschaft:
Einstimmige Annahme**

4. Anträge der Fraktionen

4.22 SPD / CDU - Finanzierungskonzept für den Bau öffentlicher Toiletten in Lübeck-Travemünde

Drucksache Nr. 408 - Austauschblatt -

Die SPD- und CDU-Fraktion beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, der Bürgerschaft bis zur Juni-Sitzung 2005 ein in enger Abstimmung mit dem Lübecker Yachtclub erarbeitetes Konzept über die Finanzierung, den Standort und den Bau von öffentlichen Toiletten in Lübeck-Travemünde vorzulegen.

Zur Drs. Nr. 408 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag in der Drs. Nr. 461 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

In Drucksache 408 werden die Wörter „in enger Abstimmung mit dem Lübecker Yachtclub erarbeitetes“ gestrichen.

Es sprechen BM Hilbrecht und BM Reinhardt.

Beschluss über TOP 4.22, Drs. Nr. 461:
Mehrheitliche Ablehnung bei 4 Ja- und 43 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 4.22, Drs. Nr. 408
in ausgetauschter Fassung:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und 4 Nein-Stimmen

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die gemeinsame Beratung der TO-Punkte 4.1 und 8.2 beschlossen worden.

4. Anträge der Fraktionen

4.1 CDU – Einrichtung von Gemeinschaftsschulen

Drucksache Nr. 430

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Hansestadt Lübeck lehnt die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen (Einheitsschulen) als Ergänzung oder Ersatz für das bewährte dreigliedrige Schulsystem ab. Sie wird keine Schulträgerschaft für eine solche Schule übernehmen bzw. beantragen.

Zur Drs. Nr. 430 legt die SPD-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 456 vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei organisatorischen Maßnahmen, welche die Schulen betreffen, alle in Frage kommenden gesetzlichen Alternativen zu prüfen und der Bürgerschaft nach dem vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren zur Entscheidung vorzulegen.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.2 Schulstatistik 2004/2005

Drucksache Nr. 315

Zur Drs. Nr. 315 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in der Drs. Nr. 417 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Schulentwicklungsplanung der Hansestadt für allgemein- und berufsbildende Schulen fortzuschreiben.

Die Verwaltung soll der Bürgerschaft die entsprechenden Vorlagen bis spätestens zum Schuljahresbeginn 2006/2007 unterbreiten. Darin ist der demographischen Entwicklung

und dem Wandel von allgemeiner und berufsbezogener Schulausbildung Rechnung zu tragen.

Zur Einwohnerversammlung im November 2005 und zu den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2006 sind Zwischenberichte zu geben.

BM Schatz beantragt für die CDU-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 417, TOP 8.2, in den Schul – und Sportausschuss, mit der Maßgabe der anschließenden erneuten Beratung in der Bürgerschaft.

Weiterhin sprechen BM Möller und BM Schopenhauer.

Ferner spricht Senatorin Borns.

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 8.2, Drs. Nr. 417 mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft:
Einstimmige Annahme

Beschluss über TOP, 4.1 Drs. Nr. 456:
Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und 26 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 4.1, Drs. Nr. 430:
Mehrheitliche Annahme bei 26 Ja- und 21 Nein-Stimmen

Der Bericht zu TOP 8.2, Drs. Nr. 315 wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

Die Sitzung wird von 18:25 Uhr bis 19:26 Uhr für die Abendpause unterbrochen.

BM Wargenau übernimmt ab 19:26 Uhr den Beisitz des Stadtpräsidenten.

4. Anträge der Fraktionen

4.2 CDU – Weiterentwicklung der vereinbarten Zusammenarbeit in der ARGE

Drucksache Nr. 433

Dieser TO-Punkt ist bereits gemeinsam mit TOP 4.19 beraten worden.

4. Anträge der Fraktionen

4.3 CDU – Verlängerung der Öffnungszeiten für Gastronomiebetriebe

Drucksache Nr. 434

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, mit der Landesregierung die Gespräche dahingehend zu führen, dass den Kommunen die Möglichkeit geschaffen wird, Öffnungszeiten für Gastronomiebetriebe im Außenbereich zu verlängern.

Der Bürgerschaft ist in der Juni-Sitzung 2005 zu berichten.

Zur Drs. Nr. 434 legt die FDP-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 457 vor:

Die FDP-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Bürgermeister wird gebeten, bei der ihm obliegenden Entscheidung über die Verlängerung oder Verkürzung der in § 2 Sperrzeitverordnung genannten allgemeinen Sperrzeit für Gaststätten grundsätzlich das Ziel der größtmöglichen Entscheidungsfreiheit der Gastwirte über die Öffnungszeiten zu verfolgen. Dies gilt auch und insbesondere für die Außengastronomie. Nach Möglichkeit sind Entscheidungen nach der Sperrzeitverordnung allgemein (ggf. für einzelne Stadtgebiete, z.B. die Altstadt) unter Berücksichtigung des eingangs genannten Grundsatzes zu treffen, um das Erfordernis der Einholung von Ausnahmegenehmigungen durch Gastwirte zu vermeiden.

Der Bürgermeister wird gebeten, der Bürgerschaft spätestens in ihrer September-Sitzung zu berichten, ob er unter Berücksichtigung dieses Bürgerschaftsbeschlusses bestehende Sperrzeiten verkürzt hat. Sofern dies nicht der Fall ist, sind die entgegenstehenden Gründe zu erläutern.

2. Der Bürgermeister wird ferner gebeten, für die Altstadt aufgrund deren besonderer Bedeutung für den Tourismus sowie des daraus herzuleitenden besonderen öffentlichen Bedürfnisses kurzfristig eine Regelung zu treffen, die eine deutlich längere Öffnungszeit für Gaststätten insbesondere mit Außengastronomie allgemein zulässt. Über den Vollzug oder die entgegenstehenden Gründe ist der Bürgerschaft in ihrer Juni-Sitzung zu berichten.

BM Hinrichs erklärt, nach Absprache mit der FDP-Fraktion, für die CDU-Fraktion die Übernahme der Drs. Nr. 457 als Ergänzung zur Drs. Nr. 434.

Es sprechen außerdem BM Schalies, BM Reinhardt und BM Möller.

Beschluss über TOP 4.3, Drs. Nr. 457:
Mehrheitliche Annahme bei 28 Ja-,
4 Nein-Stimmen und 15 Stimmenthaltungen

Beschluss über TOP 4.3, Drs. Nr. 434 in
ergänzter Fassung:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

4. Anträge der Fraktionen

4.4 BÜ90/DIE GRÜNEN – Öffentliche Sitzungen städtischer Aufsichtsräte

Drucksache Nr. 439

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, nach Prüfung des rechtlichen Rahmens, unter Nutzung der Gestaltungsspielräume des GmbH-Rechts und mit Berücksichtigung des Spannungsfeldes zwischen Öffentlichkeitsprinzip und Geheimhaltungspflicht die erforderlichen Verfahrensschritte zu veranlassen, damit

- *die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder städtischer Eigen- und Beteiligungsgesellschaften beschränkt werden kann und künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen gilt, die zum Wohl der jeweiligen Gesellschaft zwingend der Verschwiegenheit bedürfen,*
- *die Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen, die nicht länger der Geheimhaltungspflicht unterliegen, in öffentlicher Sitzung behandelt werden können.*

Zur Drs. Nr. 439 legt die SPD-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 459 vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, der Bürgerschaft über die aktuelle Rechtsetzung und -sprechung bezüglich der Informationsrechte der Öffentlichkeit über kommunale Angelegenheiten, die in privatrechtlich betriebenen Gesellschaften mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung behandelt werden, sowie die entsprechenden Informationspflichten, die sich daraus ggf. für die Hansestadt Lübeck und ihre Eigenbetriebe gegenüber der Öffentlichkeit ergeben, zu berichten

Bei Bedarf sind der Bürgerschaft zudem Vorschläge zu unterbreiten, wie die Hansestadt Lübeck, ihre Betriebe und Gremien mit der geänderten Rechtssituation angemessen umgehen können."

Es sprechen BM Hilbrecht und BM Pluschkell.

BM Puschadel beantragt für die CDU-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 439 und Drs. Nr. 459 in den Hauptausschuss, mit der Maßgabe der anschließenden erneuten Beratung in der Bürgerschaft.

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 4.4, Drs. Nr. 439 und Drs. Nr. 459 mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft:
Mehrheitliche Annahme bei 45 Ja- und 2 Nein-Stimmen

4. Anträge der Fraktionen

4.5 SPD – Erhalt der „Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit“

Drucksache Nr. 440

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Arbeit der Verwaltung gegen die Schwarzarbeit sicherzustellen und vor Personalkürzungen zu bewahren. Die Kooperation mit den Kammern und anderen Behörden (z.B. dem Zoll) soll fortgesetzt werden.

BM Knöckel zieht die Drs. Nr. 440 zurück und beantragt für die SPD Folgendes zu Protokoll:

Der Bürgermeister berichtet bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung über die gesetzliche Neuregelung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie deren Konsequenzen für die Hansestadt Lübeck.

Es sprechen BM Möller, BM Knöckel und Senator Geißler.

**Beschluss über den Protokollantrag
zu TOP 4.5:
Einstimmige Annahme**

4. Anträge der Fraktionen

4.6 SPD – Verwaltungsvorlagen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Drucksache Nr. 441

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Bei allen Verwaltungsvorlagen die zur Abstimmung in die Lübecker Bürgerschaft eingebracht werden, wird künftig neben dem Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen ein Hinweis auf die Auswirkungen für den Arbeitsmarkt vermerkt.

BM Hiller beantragt für die SPD-Fraktion zur Drs. Nr. 441 auf Anregung des Frauenbüros folgende Ergänzung zu Protokoll:

Die Auswirkungen sind geschlechtsspezifisch darzustellen.

Es spricht BM Hilbrecht.

**Beschluss über TOP 4.6, Drs. Nr. 441 in
ergänzter Fassung:
Mehrheitliche Ablehnung bei 15 Ja- und
32 Nein-Stimmen**

4. Anträge der Fraktionen

4.8 BÜ90/DIE GRÜNEN / SPD – Keine Sparmaßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit

Drucksache Nr. 444 - Austauschblatt

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Bei der Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse zur Haushaltskonsolidierung ist zu gewährleisten, dass es nicht zu Leistungseinschränkungen bei Angeboten zur Förderung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen kommt.

Zur Drs. Nr. 444 legt die CDU-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 463 vor:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die CDU – Fraktion unterstützt die Verwaltung bei der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Jugend- und Kinderarbeit.

Folgende Punkte sind weiter zu berücksichtigen:

- *transparente Systeme sind zu verfolgen*
 - *die freien Träger sind bei den Planungen intensiv zu beteiligen*
 - *die offene Kinder- und Jugendarbeit ist neu und transparent zu organisieren ein neues Jugendkonzept ist zu erarbeiten*
 - *Synergieeffekte mit anderen Bereichen sind zu prüfen.*
- Der Bürgerschaft und dem Jugendhilfeausschuss ist laufend zu berichten.*

Es sprechen BM von Holt, BM Bernet und BM Chr. Freitag.

Weiterhin sprechen BM Hilbrecht und BM Bernet.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 20:14 Uhr bis 20:21 Uhr für die Einberufung des Ältestenrates.

Der Vorsitzende ermahnt die Bürgerschaftsmitglieder zur Ruhe während der Bürgerschaftssitzung.

Der Vorsitzende weist außerdem darauf hin, dass die FDP-Fraktion zur Drs. Nr. 463, TOP 4.8, folgende Änderung zu Protokoll beantragt:

Die Bürgerschaft unterstützt die Verwaltung bei der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung

BM Chr. Freitag übernimmt für die CDU-Fraktion die Änderung des Protokollantrages zur Drs. Nr. 463.

Es sprechen BM Bernet und BM Hilbrecht.

**Beschluss über TOP 4.8, Drs. Nr. 463 in
geänderter Fassung:**
**Mehrheitliche Annahme bei 28 Ja- und
19 Nein-Stimmen**

Beschluss über TOP 4.8, Drs. Nr. 444:
**Mehrheitliche Ablehnung bei 19 Ja- und
28 Nein-Stimmen**

BM Möller spricht zur Geschäftsordnung hinsichtlich der Abstimmungsreihenfolge.

Der Vorsitzende erläutert die Reihenfolge.

Der Vorsitzende ruft nunmehr TOP 9 auf.

9. Eilentscheidungen des Bürgermeisters

Es liegt nichts vor.

10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen

10.1 Bestellung eines Rechnungsprüfers

Drucksache Nr. 428

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Diplom-Ingenieur Harald Loermann wird gemäß § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein zum Rechnungsprüfer bestellt.

Beschluss über TOP 10.1, Drs. Nr. 428:
Einstimmige Annahme

10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen

10.2 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat der ISNM – International School of New Media GmbH -

Drucksachen Nr. 435

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, in der Gesellschafterversammlung der ISNM für die Wiederwahl von

Herrn Michael Koch, Hansestraße 125, 23558 Lübeck

in den Aufsichtsrat der ISNM zu stimmen.

Die SPD-Fraktion legt zu diesem TO-Punkt in der Drs. Nr. 453 einen eigenständigen Antrag vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, in der Gesellschafterversammlung der ISNM für die Wiederwahl von

Herrn José - Maria Bernet, Engelsgrube 38-42,

in den Aufsichtsrat zu stimmen.

Beschluss über TOP 10.2, Drs. Nr. 435:
**Mehrheitliche Annahme bei 42 Ja-,
3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss über TOP 10.2, Drs. Nr. 453:
**Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen

10.3 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat der KWL – Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck GmbH -

Drucksache Nr. 436

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, in der
Gesellschafterversammlung der KWL GmbH für die Wiederwahl von*

Herrn Christopher Lötsch, Bardowieker Weg 70, 23568 Lübeck

in den Aufsichtsrat der KWL GmbH zu stimmen.

Beschluss über TOP 10.3, Drs. Nr. 436:
***Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen***

10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen

10.4 Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der LHG – Lübecker Hafengesellschaft mbH -

Drucksache Nr. 437

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft entsendet in den Aufsichtsrat der LHG mbH

- a) *Herrn Peter Sinnenwold, Roeckstraße 1 a, 23568 Lübeck*
- b) *Herrn Wolfgang Halbedel, Wielandstraße 9 a, 23558 Lübeck*
- c) *Herrn Klaus Puschadel, Labradorweg 32, 23570 Lübeck*

Die SPD-Fraktion legt zu diesem TO-Punkt in der Drs. Nr. 454 einen eigenständigen Antrag vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft entsendet in den Aufsichtsrat der LHG mbH

Herrn Peter Reinhardt, Rudolf-Groth-Straße 32, 23566 Lübeck.

Beschluss über TOP 10.4, Drs. Nr. 437:
**Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss über TOP 10.4, Drs. Nr. 454:
**Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

10. Wahlen, Benennungen und Besetzungen

10.5 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der LMuK – Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH -

Drucksachen Nr. 438

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, in der Gesellschafterversammlung der LMuK GmbH für die Wiederwahl von

- a) *Herrn Klaus Puschadel, Labradorweg 32, 23570 Lübeck*
- b) *Herrn Oliver Fraederich, Curtiusstraße 23, 23562 Lübeck*
- c) *Frau Roswitha Kaske, Kaninchenbergweg 45 d, 23564 Lübeck*
- d) *Herrn Klaus Petersen, Rügenweg 2, 23570 Lübeck*

Die SPD-Fraktion legt zu diesem TO-Punkt in der Drs. Nr. 455 einen eigenständigen Antrag vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, in der Gesellschafterversammlung der LMuK GmbH für die Wiederwahl von

- a) *Frau Gabriele Schopenhauer, Blumenfeld 5, 23558 Lübeck*
- b) *Herrn Frank-Thomas Gaulin, Klaus-Groth-Straße 7, 23564 Lübeck*

in den Aufsichtsrat der LMuK zu stimmen.

Es spricht BM Hilbrecht.

Beschluss über TOP 10.5, Drs. Nr. 438:
**Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
 4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss über TOP 10.5, Drs. Nr. 455:
**Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja-,
 4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

11. Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Hh - Mitteln

11.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2004 - 2. Halbjahr

Drucksache Nr. 422

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne

12.1 Satzung der Hansestadt Lübeck zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Verfahren "OstseeCard" und 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kurabgaben und Strandbenutzungsgebühren im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde

Drucksache Nr. 423

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Die als Anlage II beigefügte Satzung der Hansestadt Lübeck zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Verfahren „OstseeCard“ wird beschlossen*
2. *Die als Anlage V beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kurabgaben und Strandbenutzungsgebühren im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde vom 03.05.2004 wird beschlossen.*

Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 423:
Einstimmige Annahme

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne

12.2 67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Lübeck für den Teilbereich "Schlutup/Mecklenburger Straße 194-202" im Stadtteil Schlutup - Abschließender Beschluss -

Drucksache Nr. 425

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

- I. Die während der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) bzw. der Öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB gegen die 67. Änderung des Flächennutzungsplanes „Schlutup / Mecklenburger Straße 194-202“ –, vorgebrachten Anregungen von/vom:*
- 1. Bereich 3.391 Naturschutz, als untere Naturschutzbehörde, 23539 Lübeck, vorgebracht mit Schreiben vom 15.02.2004 sowie 19.10.2004, werden zu 1. nicht berücksichtigt, zu 2. berücksichtigt und zu 3. berücksichtigt.*
 - 2. Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 24171 Kiel, vorgebracht mit Schreiben vom 22.09.2004, werden nach Klärung mit dem Innenministerium am 09.12.2004 zu 1. nicht berücksichtigt, zu 2. nicht berücksichtigt und zu 3. berücksichtigt.*
- II. Die 67. Änderung des Flächennutzungsplanes „Schlutup / Mecklenburger Straße 194-202“ – in der vorliegenden Fassung einschließlich Text wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht in der vorliegenden Fassung wird gebilligt.*

**DIE BESCHLÜSSE ERGEHEN UNTER BEACHTUNG DES § 22 GO
(AUSSCHLIESSUNGSGRÜNDE)**

**Beschluss über TOP 12.2, Drs. Nr. 425:
Einstimmige Annahme**

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne

12.3 Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 32.07.00 - Teilbereich West - Fischereihafen / Baggersand -

Drucksache Nr. 426

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 32.07.00 – „Teilbereich West - Fischereihafen / Baggersand“- wird beschlossen.

*DER BESCHLUSS ERGEHT UNTER BEACHTUNG DES § 22 GO
(AUSSCHLIESSUNGSGRÜNDE).*

Beschluss über TOP 12.3, Drs. Nr. 426:
Einstimmige Annahme

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

13.2 Änderung der Geschäftsordnung für die Lübecker Bürgerschaft einschließlich der Richtlinien über die Einwohnerfragestunde

Drucksache Nr. 310 – Ergänzungs- und Austauschblatt -

Der Stadtpräsident beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Änderung der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck einschl. Richtlinien über die Einwohnerfragestunde (Anlage 1) wird beschlossen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Ältestenrat mehrheitlich empfohlen hat, die Vorlage in der ergänzten Fassung zu beschließen.

**Beschluss über TOP 13.2, Drs. Nr. 310 in
ausgetauschter und ergänzter Fassung:
Mehrheitliche Annahme bei 41 Ja- und
6 Nein-Stimmen**

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

13.17 Endbericht zur Bedarfsprüfung Gewerbe Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen „Kronsforder Landstraße“ und „Blankenseer Straße“ sowie Entwicklung des „Airport Business Park“; Städtebaulicher Rahmenplan „Blankenseer Straße Nord“

Drucksache Nr. 356

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Der Endbericht zur Bedarfsprüfung Gewerbe Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen „Kronsforder Landstraße“ und „Blankenseer Straße“ sowie Entwicklung „Airport Business Park“ des Instituts Raum&Energie (Zusammenfassung des Untersuchungsergebnisses) wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).*
2. *Die Beschlüsse zur Durchführung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen nach §165 BauGB für das Gebiet „Kronsforder Landstraße“ und „Blankenseer Straße“ vom 18.10.2001 bzw. 05.09.2002 werden aufgehoben.*
3. *Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Berichtsempfehlung einen städtebaulichen Rahmenplan einschließlich eines grünordnerischen Begleitplanes für eine gewerbliche Entwicklung (Verbesserung und Weiterentwicklung der Flughafeninfrastruktur) nördlich der Blankenseer Straße erarbeiten zu lassen.*
4. *Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Flächen „Airport Business Park II“ – bei Vorliegen konkreter Nutzungsabsichten (flughafenaffines Gewerbe) – ein Bauleitplanverfahren einzuleiten.*
5. *Der Bürgermeister wird beauftragt, weitere Standortmöglichkeiten für eine gewerbliche Entwicklung im Bereich „Kronsforder Landstraße / Vorrader Straße“ unter Berücksichtigung ökonomischer Parameter und der ökologischen und landschaftlichen Bedingungen zu untersuchen. Über das Ergebnis ist den politischen Gremien zu berichten.*

BM Howe beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die punktweise Abstimmung der Drs. Nr. 356.

Beschluss über TOP 13.17, Drs. Nr. 356,
Punkt 1:
Einstimmige Annahme

Beschluss über TOP 13.17, Drs. Nr. 356,
Punkt 2:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 13.17, Drs. Nr. 356,
Punkt 3:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 13.17, Drs. Nr. 356,
Punkt 4:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 13.17, Drs. Nr. 356,
Punkt 5:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

13.1 Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.

Drucksache Nr. 421

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Hansestadt Lübeck wird rückwirkend zum 01. Januar 2005 passives Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.).

Beschluss über TOP 13.1, Drs. Nr. 421:
Einstimmige Annahme

Der Vorsitzende ruft nunmehr den TO-Punkt 8.1 auf.

BM Dirk Freitag hat seine Befangenheit erklärt und verlässt den Bürgerschaftssaal.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.1 Vergabepraxis über die Standflächen auf dem Lübecker Weihnachtsmarkt und bei anderen Märkten

Drucksache Nr. 312

Zur Drs. Nr. 312 legt die SPD-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 458 vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, eine Ausschreibung zur Durchführung des Lübecker Weihnachtsmarktes durch Dritte (für die Bereiche Markt, Breite Straße, Koberg) ab 2006 für einen Zeitraum von 4 bis 6 Jahren, unter Einbeziehung der örtlichen Interessensverbände, zu erarbeiten und bis zur November-Sitzung 2005 vorzulegen.

Die Ausschreibung soll inhaltlich gezielt zur Attraktivitäts- und Qualitätssteigerung des Lübecker Weihnachtsmarktes führen, um Lübecks Bedeutung als Kultur- und Wirtschaftsstandort zu unterstützen. Lübeck als Weihnachtsstadt mit seinen unterschiedlichen Veranstaltungsorten ist bereits jetzt ein Anziehungspunkt für Gäste und Besucher aus dem In- und Ausland. Weshalb auch der Weihnachtsmarkt angemessen gestaltet sein sollte.

Es spricht BM Reinhardt.

BM Hilbrecht beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Überweisung der Drs. Nr. 458 in den Wirtschaftsausschuss.

Weiterhin sprechen BM Puschadel, BM Gaulin, BM Reinhardt, BM Koch und BM Hilbrecht.

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 8.1, Drs. Nr. 458
Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und 25 Nein-Stimmen

Beschluss über TOP 8.1, Drs. Nr. 458:
Mehrheitliche Ablehnung bei 15 Ja- und 31 Nein-Stimmen

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

BM Dirk Freitag ist wieder im Bürgerschaftssaal anwesend.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.2 Schulstatistik 2004/2005

Drucksache Nr. 315

Dieser TO-Punkt ist bereits gemeinsam mit TOP 4.1 beraten worden.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.3 Reiten auf Waldwegen

Drucksache Nr. 316

Zur Drs. Nr. 316 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in der Drs. Nr. 405 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister möge in der Mai-Sitzung der Bürgerschaft berichten:

1. *Welche der 60,6km ausgeschilderten Reitwege in Lübecker Wäldern befinden sich auf Lübecker Stadtgebiet und welche in Wäldern außerhalb des Lübecker Stadtgebietes, die im Besitz der Hansestadt Lübeck sind?*
2. *Gibt es auch ausgeschilderte Reitwege auf Lübecker Stadtgebiet außerhalb von Wäldern, die von der Hansestadt Lübeck unterhalten werden? Gibt es darüber hinaus ausgeschilderte Reitwege auf Lübecker Stadtgebiet für deren Unterhaltung die Hansestadt Lübeck nicht zuständig ist?*
3. *Gibt es einen Übersichtsplan über Reitwege in Lübeck?*
4. *Sind alle Reitwege in Lübeck allen ReiterInnen zugänglich?*
5. *In der Broschüre der Landesregierung „Reittourismus in Schleswig-Holstein“ vom April 2001 ist angegeben, dass unter Beteiligung des Kreisreiterbundes und der Stadtverwaltung in Lübeck ein Reitwegekonzept erstellt worden sein soll. Liegt dieses Konzept vor und wenn ja wie und wann wurde es der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wenn nein, wann ist mit einer Fertigstellung zu rechnen?*
6. *Ist bei den in Lübeck für die touristische Entwicklung der Stadt zuständigen Institutionen/Personen jemals über eine Beteiligung an dem von der Landesregierung initiierten Projekt „Entwicklung und Vernetzung reiterfreundlicher Regionen“ nachgedacht worden? Wenn ja mit welchem Ergebnis und wenn nein, warum nicht?*

Es spricht BM Hilbrecht.

BM Zander weist darauf hin, dass in der Drs. Nr. 405 als Zeitpunkt für die Berichterstattung der Mai 2005 genannt ist und schlägt als Änderung des Zeitpunktes den August 2005 vor. Ferner beantragt er für die CDU-Fraktion die Überweisung der Drs.Nr. 405 in den Umweltausschuss mit der Maßgabe der anschließenden erneuten Beratung in der Bürgerschaft.

Es sprechen BM Dr. Blunk und Senator Geißler.

BM Hilbrecht beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zudem die Überweisung der Drs. Nr. 405 in den Schul- und Sportausschuss mit der Maßgabe der anschließenden erneuten Beratung in der Bürgerschaft.

Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 8.3, Drs. Nr. 405 in den Umweltausschuss und in den Schul- und Sportausschuss mit der

**Maßgabe der erneuten Beratung in der
Bürgerschaft:
Einstimmige Annahme**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

Anmerkung außerhalb des Protokolls:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nach Rücksprache die Protokolländerung bestätigt, dass der in der Drs. Nr. 405 geforderte Bericht zur August-Sitzung 2005 vorzulegen ist.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.4 Ansiedlung des Kunden Transfennica im Lübecker Hafen

Drucksache Nr. 324

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.5 Trauungen an besonderen Kalendertagen und an besonderen Orten der Hansestadt Lübeck

Drucksache Nr. 325

Zur Drs. Nr. 325 legt die SPD-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 411 vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Juni-Sitzung der Lübecker Bürgerschaft über die Möglichkeiten zur Ausweitung der Trauungen auf der Passat durch Übertragung auf MitarbeiterInnen und Mitarbeiter der Hansestadt Lübeck zu berichten.

Es spricht BM Möller.

Der Vorsitzende weist auf die fortgeschrittene Zeit und auf die noch zu behandelnden Tagesordnungspunkte hin.

Es sprechen BM Scheel, Senator Geißler, BM Möller und BM Reinhardt.

Beschluss über TOP 8.5, Drs. Nr. 411:
Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und
4 Nein-Stimmen

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 21:25 Uhr bis 21:45 Uhr.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.6 Tätigkeitsbericht des Frauenbüros 2004

Drucksache Nr. 328

Es spricht BM Hilbrecht.

Der Vorsitzende weist auf die Einhaltung der Redezeit hin.

Es spricht BM Stadthaus-Pannissié.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.7 Übertragung der Verwaltung städtischer Sportanlagen auf Sportvereine

Drucksache Nr. 330

Es spricht BM Stallbaum.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die gemeinsame Beratung der TO-Punkte 8.8 und 8.12 beschlossen worden.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.8 Stand Konsolidierungsmaßnahme „Reduzierung der Personalkosten / minus 3 %“ (Haushaltsbegleitbeschluss 2004)

Drucksache Nr. 333 – Austauschblatt -

Zur Drs. Nr. 333 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in der Drs. Nr. 462 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, Planstellen, die nach der Personalbemessung für die Aufgabenerledigung notwendig sind, zur Besetzung frei zu geben.

Über die Nichtbesetzung einer Planstelle wird jeweils in Verbindung mit Aufgabenkritik und Personalbedarfsplanung entschieden.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.12 Bericht an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zu weiteren Einsparvorschlägen zur Verbesserung der Haushaltssituation

Drucksache Nr. 424 – Austauschblatt -

Es spricht BM Hilbrecht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ab 22:15 Uhr die Vorlagen und Berichte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt werden und bittet um zügige Beratung.

BM Schalies ist bei der Abstimmung nicht im Bürgerschaftssaal anwesend.

Es spricht BM Reinhardt.

Beschluss über TOP 8.8, Drs. Nr. 462:
Mehrheitliche Ablehnung bei 5 Ja-,
26 Nein-Stimmen und 15 Stimmenthaltungen

***Der Bericht zu TOP 8.8, Drs. Nr. 333 wird in
ausgetauschter Fassung zur Kenntnis
genommen.***

***Der Bericht zu TOP 8.12, Drs. Nr. 424 wird in
ausgetauschter Fassung zur Kenntnis
genommen.***

(Die Berichte sind bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegen dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.9 Strecke für Inline-Skater

Drucksache Nr. 344

Es sprechen BM Stallbaum, BM Beidatsch und BM Möller.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.10 Öffnung/Freigabe der Bergenstrasse für Gegenrichtungsräderverkehr

Drucksache Nr. 345

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.11 Jahresbericht 2003/2004 des Fahrradbeauftragten

Drucksache Nr. 346

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.13 Präventionsmaßnahmen für Jugendliche unter 16 Jahren gegen das Benutzen von Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit

Drucksache Nr. 350

Zur Drs. Nr. 350 legt die CDU-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 412 vor:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Alle Zigarettenautomaten, die auf städtischen Flächen bzw. auf Flächen der städtischen Gesellschaften aufgestellt sind, sind unverzüglich abzubauen.

Über das Ergebnis ist der Bürgerschaft in der August-Sitzung 2005 zu berichten.

Es sprechen BM Menorca und BM Bernet.

Beschluss über TOP 8.13, Drs. Nr. 412:
Mehrheitliche Annahme bei 32 Ja- und
15 Nein-Stimmen

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.14 Erhalt und Attraktivitätssteigerung des Museumshafens

Drucksache Nr. 353

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.15 Schulwegsicherung

Drucksache Nr. 357

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.16 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Natur und Umwelt in der Hansestadt Lübeck

Drucksache Nr. 360

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.17 Erreichbarkeit der Herreninsel

Drucksache Nr. 368

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.18 Zuschuss an „IN VIA“

Drucksache Nr. 376

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

8. Berichte des Bürgermeisters

8.12 Bericht an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zu weiteren Einsparvorschlägen zur Verbesserung der Haushaltssituation

Drucksache Nr. 424

Dieser TO-Punkt ist bereits gemeinsam mit TOP 8.8 beraten worden.

8. Berichte des Bürgermeisters

8.19 Prüfauftrag zur möglichen Überführung der Lübecker Flussbäder in eine nichtselbständige Stiftung

Drucksache Nr. 427 – Ergänzungsblatt -

Zur Drs Nr. 427 legt die FDP-Fraktion einen Antrag in der Drs. Nr. 449 vor:

Die FDP-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Gemeinnützige Verein Naturbäder Lübeck i.G. wird gebeten, die üblichen Vergünstigungen im Rahmen des „Lübeck-Passes“ auch den Besuchern der vier Flussbadeanstalten zu gewähren.“

BM Beidatsch beantragt für die CDU-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 449 in den Ausschuss für Soziales.

**Beschluss über den Überweisungsantrag zu
TOP 8.19, Drs. Nr. 449:**
**Mehrheitliche Annahme bei 32 Ja- und
15 Nein-Stimmen**

***Der Bericht wird in ergänzter Fassung zur
Kenntnis genommen.***

(Der Bericht ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 22:11 Uhr

Die Zuschauer verlassen die Tribünen und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil nicht berechtigt sind, verlassen den Saal.

Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 22:12 Uhr

Anmerkung:

Das Protokoll des nichtöffentlichen Teils der Sitzung ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Die Ergebnisse sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 22:20 Uhr

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Fortsetzung des öffentlichen Teils der Sitzung: 22:20 Uhr

III. Öffentlicher Teil der Sitzung

19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Beschlüsse gefasst und Berichte zur Kenntnis genommen wurden und teilt mit, dass die Ergebnisse als Anlage der Niederschrift beigefügt werden.

Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass die folgenden nicht behandelten TO-Punkte auf die nächste Bürgerschaftssitzung vertagt werden:

- | | |
|----------|---|
| TOP 4.9 | FDP – Kostentragung für die Teilnahme am Hansetag |
| TOP 4.10 | FDP – Ehrung Eric Warburgs |
| TOP 4.11 | FDP – Umstrukturierung der Museumslandschaft |
| TOP 4.12 | SPD – Verbesserung der Verkehrssituation im Verlauf der Brandenbaumer Landstraße |
| TOP 5 | Anträge des Hauptausschusses
Es liegt nichts vor. |
| TOP 7.1 | Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 Abs. 1 Geschäftsordnung für die Bürgerschaft
BM Chr. Freitag – Unterstützung der Kreisjägerschaft für das Gut Nienhüsen und Antwort |
| TOP 7.2 | BM Hilbrecht – Gerichtliche Auseinandersetzung um den Flughafen Lübeck und Antwort |
| TOP 7.3 | BM Schalies – Werke zeitgenössischer Künstler im Dienstgebäude Fackenburger Allee und Antwort |
| TOP 7.4 | BM Schalies – Verbindungsweg zwischen Kaiserallee 16/18 und Strandpromenade in Travemünde und Antwort |
| TOP 7.5 | BM Stallbaum – Projekt Aqua Top in Lübeck-Travemünde und Antwort |
| TOP 7.6 | BM Stallbaum – Stromversorgung in den Lübecker Kleingärten und Antwort |
| TOP 7.7 | BM Howe – Verwendung von Enteisungsmitteln am Flughafen Lübeck und Antwort |

Der Vorsitzende weist zum Abschluss darauf hin, dass die nächste Bürgerschaftssitzung zum 23.06.2005, 16:00 Uhr, einberufen wird.

Ende der Sitzung: 22:21 Uhr

gez. Sünnewold

Peter Sünnewold
Stadtpräsident

Petra Scharrenberg
Protokollführerin

Anlage zur Niederschrift 20 / 2003 - 2008

Ergebnisse der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse der
Bürgerschaftssitzung am 26.05.2005:

TOP 15.1, Drs. Nr. 452	Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja- und 4 Nein-Stimmen
TOP 16.1, Drs. Nr. 443	Kenntnisnahme

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck
am Donnerstag, 26.05.2005, im Bürgerschaftssaal des Rathauses**

Wahlperiode 2003 - 2008

Nr. 20

- Nichtöffentlicher Teil -

Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 22:12 Uhr

Anwesend: **Stadtpräsident Sünnewold** (CDU) - Vorsitzender
BM Stadthaus-Panissié (CDU) - Beisitzerin - (von Beginn bis 19:26 Uhr / TOP 4.1)
BM Wargenau (CDU) - Beisitzerin - (von 19:26 Uhr / TOP 4.3 bis Ende)
BM Knöckel (SPD) - Beisitzerin -

sowie weitere 43 Bürgerschaftsmitglieder:

Abler (SPD)	Lötsch (CDU)
Beidatsch (CDU)	von Maltzahn (CDU)
Bernet (SPD)	Menorca (CDU)
Dr. Blunk (FDP)	Möller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eymer (CDU)	Oldenburg (CDU)
Fey (SPD)	Panther-Pätow (SPD)
Fick (CDU)	Petersen (CDU)
Förster (SPD)	Pluschkell (SPD)
Fraederich (CDU)	Puschadel (CDU)
Freitag, Chr. (CDU)	Reinhardt (SPD)
Freitag, D. (CDU)	Schalies (FDP)
Gaulin (SPD)	Schatz (CDU)
Dr. Gulski (CDU)	Scheel (SPD)
Hilbrecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Schindler (SPD)
Hiller (SPD)	Schmidt (CDU)
Hinrichs (CDU)	Schopenhauer (SPD)
von Holt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Semrau (CDU)
Howe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Siebdrat (SPD)
Kaske (CDU)	Stabe (CDU)
Koch (CDU)	Stallbaum (SPD)
Küsel (CDU)	Zander (CDU)
Lietzke (CDU)	

Es fehlt: BM Albrecht (SPD), BM Böhning (SPD) und BM Schneider (CDU)

Ferner sind

anwesend: Bürgermeister Saxe, Senator Boden, Senator Geißler und Senator Halbedel, Herr Langentepe, 1.130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Herr Schönfeld, 1.140 - Rechnungsprüfungsamt, Herr Volkmar, 1.300 - Recht, Frau Prüßmann und Frau Memler, 2.020 - Fachbereichscontrolling, Herr Strätz, 2.280 - Wirtschaft, Hafen und Liegenschaften sowie Protokollführerin Scharrenberg, die Leiterin des Büros der Bürgerschaft Kasimir und Frau Krawetzke, 1.100 - Büro der Bürgerschaft